

# Ein Geschenk zum Geburtstag

Die Freien Wähler setzen ihr Volksbegehren gegen Studiengebühren durch

VON ROLAND ENGLISCH

MÜNCHEN – Es ist sein 53. Geburtstag; doch mit einem solchen Geschenk hat Michael Piazolo nicht gerechnet. Als der Landtagsabgeordnete und Generalsekretär der Freien Wähler vor den Verfassungsgerichtshof tritt, ist er noch ein einsamer Kämpfer für ein Volksbegehren gegen Studiengebühren. Eine halbe Stunde später steht halb Bayern hinter ihm.

Dabei war auch Piazolo sich gar nicht sicher, ob die neun Richter in seinem Sinn entscheiden würden. Tatsächlich mochten sich zwei seiner Argumentation nicht anschließen. Die Mehrheit aber folgt seiner Linie, jedenfalls seiner juristischen, und findet, dass die Bayern durchaus in einem Volksentscheid über die Studiengebühren abstimmen dürfen.

Für den Vorsitzenden Richter Karl Huber ist das Urteil ein Balanceakt. Er weiß um die Brisanz der Frage, betont, seine Kammer habe nicht „darüber zu befinden, ob die Erhebung von Studienbeiträgen bildungs- und sozialpolitisch zweckmäßig erscheint“. Für ihn und seine Kollegen geht es ausschließlich um die Frage, ob Studiengebühren das Haushaltsrecht des Landtags betreffen oder nicht.

## Landtag nicht berührt

Sie tun es nicht, sagen die obersten Juristen, weil über die Gebühren die Hochschulen selbst entscheiden. Bis zu 500 Euro dürfen sie von jedem Studenten pro Semester verlangen und in ihren Betrieb investieren. Zwar fließt der Löwenanteil der Einnahmen an den Staat zurück. Doch der finanziert damit nur im Auftrag der Unis deren Zusatzpersonal. Sein eigenes Haushaltsrecht tangiert das nicht.

Deshalb also verstößt das Volksbegehren nicht gegen die Verfassung, die Begehren verbietet, wenn sie sich in eben dieses Haushaltsrecht einmischen. Es ist eine Falle, die sich die CSU/FDP-geführte Regierung selbst gestellt hat, als sie betonte, die Studiengebühren sollten nicht staatliche Haushaltsmittel ersetzen, sondern voll den Unis zur Verfügung stehen.

Ein Erfolg, den Michael Piazolo zu einem „Sieg für die Studierenden“ verkündet und zu einer „Stärkung der Volksgesetzgebung“. Da ist er seiner Zeit noch ein Stück voraus. Denn der Weg bis zum Entscheid ist lang. Im Januar müssen die Freien Wähler binnen zwei Wochen die notwendigen Unterschriften sammeln – immerhin mindestens 900.000. Gelingt das, dürfen die Bürger später in einem zweiten Anlauf tatsächlich über die Studiengebühren abstimmen.

Inzwischen wissen die Freien Wähler eine ganze Reihe von Unterstützern an ihrer Seite. SPD und Grüne etwa, die von jeher gegen die Studiengebühren waren, wollen den Freien zur Seite springen. Bei der Verfassungsklage hatten sie Piazolo allein



Können nun auf Kostenersparnis hoffen: Erstsemester, die ihr Studium gerade in Nürnberg begonnen haben. Foto: dapp

gelassen – sie hatten geglaubt, dass er den Prozess verlieren werde.

„Wir haben“, sagt SPD-Chef Florian Pronold, „auf den parlamentarischen Weg gesetzt, weil wir ihn für den sichereren Weg gehalten haben.“ Jetzt wolle er „mit aller Kraft für ein erfolgreiches Begehren kämpfen“. Das könnte die Universitäten im Freistaat theoretisch viel Geld kosten. Rund 150 Millionen Euro nehmen sie über die Studiengebühren ein.

## Ausgleich schaffen

Geld, das, so fordern die Freien Wähler, der Freistaat aus eigenen Mitteln ersetzen müsse. Eine Position, die auch CSU-Politiker vertreten. „Sollte es zu einer Abschaffung der Gebühren kommen“, sagt der CSU-Abgeordnete Winfried Bausback, „müssten wir uns Wege überlegen, wie wir einen echten Ausgleich schaffen.“ Es könne jedenfalls „nicht sein, dass die Universitäten schlechter gestellt werden.“

Noch ist es nicht so weit. Noch weiß auch die CSU nicht recht, wie sie mit

dem Thema umgehen soll. Im Frühsommer vergangenen Jahres erst hatte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer den Sinn der Abgabe angezweifelt und einen Weg gesucht, wie er sie abschaffen könnte. Er scheiterte am Widerstand seiner CSU-Fraktion und an dem der FDP. Dabei haben ohnehin nur acht der 16 Bundesländer jemals Studiengebühren erhoben. Sechs haben sie mittlerweile wieder abgeschafft. Einzig Bayern und Niedersachsen kassieren ihre – Studenten noch ab. Doch die Liberalen wollen die Gebühr in jedem Fall retten; ihre Vertreter argumentieren wie die christsozialen Befürworter, dass die Studierenden ohnehin „nur einen geringen Teil der Kosten ihres Studiums“ übernehmen müssten.

Michael Piazolo weiß, dass ihm auch dieser Teil noch zu viel ist. Er werde jetzt zufrieden nach Hause gehen, sagt er. Ein Glas Champagner aber will er auf den Erfolg nicht trinken. „Die Arbeit beginnt ja jetzt erst“, warnt der Freie Wähler.

# Studenten planen entscheidende Schlacht

Demonstration im November geplant — Erlanger Rektor fürchtet um Qualität der Lehre

VON FRANZISKA HOLZSCHUH

NÜRNBERG – Für Wolfram Barfuß und seine Kollegen von der Studentenvertretung der Universität Erlangen-Nürnberg ist es ohnedies ein Tag der ersten Schritte. Die Abschaffung der Studiengebühren ist getan, der Verfassungsgerichtshof hat den Weg zu einem Volksbegehren frei gemacht.

Darauf, kündigt Barfuß an, wird beim abendlichen Treffen des „AK Studiengebühren“ in Erlangen sicherlich angestoßen. Doch ein rauschendes Fest soll es nicht geben, zu viele Wenn und Aber existieren noch, bis die Studiengebühren endgültig ad acta gelegt werden können, sagt der Physikstudent.

Denn vor einem endgültigem Votum der Bürger bei einem Volksentscheid steht noch ein Volksbegehren an: Im Januar oder Februar müssen sich innerhalb von zwei Wochen mehr als zehn Prozent der Wähler in Unterschriftenlisten eintragen. „Das ist eine hohe Hürde“, sagt Barfuß. „Wir müssen die Menschen mobilisieren. Daher wollen wir das Thema in weiten Schichten der Bevölkerung bekanntmachen.“

Das versuchen die Studenten schon seit Jahren mit groß angelegten Aktionen: So gingen im vergangenen November allein in Nürnberg Hunderte auf die Straße, marschierten in einem langen Demonstrationzug vom Rathenauplatz über die Ohm-Hochschule zum Plärrer, warben für ein



Hoffen im Fall der Abschaffung der Studienbeiträge auf Unterstützung: Karl-Dieter Gröske (li.) und Michael Braun. F.: Böhner/Sippel

kostenfreies Studium und baten um Unterstützung der Bevölkerung.

Auch dieses Jahr sind wieder Mitte November diverse Aktionen zur „Global Education Week“ (Woche des weltweiten Lernens) geplant. Zumindest in Erlangen soll es eine Demonstration geben, die Details werden noch besprochen. Und dieses Mal, sagt Barfuß, werde man alles geben: „Der Schlichtplan wird bereits ausgearbeitet.“

## „Eine Verschlechterung“

Bei der Hochschulleitung kommt das Urteil des Verfassungsgerichtshofs weniger gut an: Denn im Gegensatz zu den Studenten sieht Karl-Dieter Gröske, Rektor der Universität Erlangen Nürnberg, die Studiengebühren durchaus positiv. Falls sie ohne finanzielle Kompensationen abgeschafft werden sollten, „hätte das eine dramatische Verschlechterung der Studienbedingungen zu Folge“, sagt Gröske.

Immerhin fließen der Universität aus den Beiträgen rund 20 Millionen Euro im Jahr zu und „dieses Geld wird zur Verbesserung der Studienbedingungen eingesetzt“, so der Rektor. Mit etwa 75 Prozent wird zusätzliches Personal – Tutoren oder Lehrbeauftragte – finanziert. „Sitzten im Moment noch 30 Studenten in einer Veranstaltung, könnten es – fallen die Studiengebühren ohne Kompensation weg – im nächsten Semester 80 sein“, so Gröske.

Wenn die Qualität des Studiums gehalten werden soll, müsse der bayerische Staat einspringen. „Doch das ist für den Haushalt natürlich eine ziemliche Belastung.“ Gröske positioniert sich daher eindeutig: Komme es nach dem Volksbegehren zu einem Entscheid, werde er an die Urne gehen – und für die Beibehaltung der Studiengebühren stimmen.

Auch Michael Braun, Präsident der Georg-Simon-Ohm Hochschule in Nürnberg richtet einen Appell an die bayerische Regierung: Selbst wenn die Bürger gegen die Studienbeiträge votierten, „müssen zusätzliche Einnahmen in Höhe der Studienbeiträge für unsere Studierenden dauerhaft zur Verfügung stehen. Hier sehen wir den Freistaat Bayern in der Pflicht, die erreichte Qualität in Lehre und Studium auf jeden Fall sicherzustellen“, so Braun. Allein für das Ohm-Museum die Regierung dann tief in die Tasche greifen – gut sechs Millionen Euro bekommt es jährlich aus Studienbeiträgen.

# Kein Verlust

Bayern kann auf die Studiengebühr verzichten

VON ROLAND ENGLISCH

Das war es dann wohl mit den Studiengebühren im Freistaat. Zwar haben die Freien Wähler nur einen Etappensieg errungen auf dem Weg zum Volksentscheid. Noch ist offen, ob sie im kalten Januar tatsächlich eine knappe Million Bürger für die Idee eines Volksentscheids werden erwärmen können. Doch es ist nur schwer vorstellbar, dass sich die CSU mit diesem Thema durch die Vorwahlkampfzeit schleppen will.

Nach Lage der Dinge wird Horst Seehofer tun, was er immer tut: Er wird die Partei wenden, sich an die Spitze der Bewegung setzen und die Studiengebühren kippen. Seehofer hat sich mit der Abgabe nie recht anfreunden können. Schon im Frühsommer vergangenen Jahres hat er sie eher halbherzig hinterfragt und fast ein bisschen abgefasst.

Tatsächlich drückt sich der Staat an seine Aufgaben. Die Institute sind chronisch unterfinanziert, ihre Bausubstanz ist marode, der Personalstand niedrig. Gleichzeitig sollen die Hochschulen sich international aufstellen, die heimischen Studenten für den globalen Markt vorbereiten und ausländische anlocken.

## Chronisch unterfinanziert

Es ist richtig, dass der Rohstoff Geist Bayerns wichtigste Ressource ist. Doch die Mittel, die das Land in den Rohstoff investiert, reichen seit Jahrzehnten nicht aus. Auch wenn das Land allmählich aufholt – die Lücke in der Bildungspolitik bleibt gewaltig. Dass die Familien der Studenten diese Lücke an den Unis über Gebühren decken müssen, ist wenig gerecht. Eine Erkenntnis übrigens, der sich neben Bayern nur noch Niedersachsen verschließt. Alle anderen haben die Gebühr längst gestrichen. So sie die denn jemals eingeführt hatten.

Natürlich gibt es auch Argumente für die Gebühren. Doch die CSU weiß, wie aufgeheizt die Diskussion bereits ist. Gut vorstellbar, dass sie das Thema abräumt, dass sie nicht

den Eltern kleiner Kinder ein kostenfreies Kindergartenjahr spendiert, sondern auch den Eltern älterer Kinder mit großer Geste die Studiengebühr erlässt. Dank sprudelnder Steuereinnahmen kann sich Bayern die 150 Millionen Euro Ausleihung für die Hochschulen leisten.

Zurück bleibt eine CSU, die sich von den Reformen Edmund Stoibers verabschiedet. Was der Wolftrahthauser auch angepackt hat, haben seine Nachfolger rückgängig gemacht, ob Nullrunden und 42-Stunden-Woche für die Beamten, das Büchergeld oder den Transrapid. Die CSU hat sich von der Atomenergie verabschiedet und von der Gentechnik; den Ausbau der Donau trägt sie gerade zu Grabe. Und ihre europäischen Grundsätze hat sie am Wochenende gestrichen. Geht das so weiter, steht die CSU nur noch für das achtstufige Gymnasium. Prad an dem bastelt sie herum.

## Pragmatischer Populist

Die Studiengebühren sind nur ein Punkt auf dieser Liste. Doch sie sind symptomatisch für eine CSU, deren Chef täglich die Positionen verschiebt. Seehofer verfolgt einen so pragmatischen wie populistischen Ansatz, der auch vor Grundsätzen nicht Halt macht. In einer sich verändernden Gesellschaft ist das prinzipiell kein Fehler. Doch Seehofer gibt mit seinen Kurswechseln die Identität, das Selbstverständnis seiner Partei insgesamt auf und verprellt jene, die draußen auch unpopuläre Positionen verteidigen, weil Politik mehr ist als nur das Reagieren auf Stimmungen und Standardfestigkeit auch im Sturm erfordert.

Seehofer glaubt, dass er sich das leisten kann, weil er sich wie einst Stoiber in seiner Macht auf dem Höhepunkt sieht. Er erkennt nicht, dass Macht allein nicht reicht. Wenn er schon die Positionen der CSU räumt, dann muss er seiner Partei auch Alternativen bieten, eine Vision dessen, wofür sie weiterhin steht. Darauf freilich wartet die CSU vergebens.

# Siegen wie in Stuttgart

Grüne werden im bürgerlichen Lager zunehmend wählbar

VON SHARON CHAFFIN

Während die einen mit Pauken und Trompeten hohe Gewinne einfahren, suchen die anderen noch verzweifelt nach Kandidaten: Die Stuttgarter Grünen haben ihren Bundeskollegen gerade gezeigt, wie man erfolgreich Wahlkampf betreibt – und dabei selbst eine ausgewiesene CDU-Hochburg wie die baden-württembergische Landeshauptstadt im Fluge erobert.

Bei Abstimmungen auf kommunaler Ebene geht es – anders als bei Bundestagswahlen – insbesondere um die Probleme vor Ort. Im Gegensatz zu den Christdemokraten, die offenbar die unmittelbaren Sorgen der Menschen noch zu wenig berücksichtigen, konnten die Grünen eben auf diesem Feld punkten: mit Wahlkampfthemen wie Kita-Ausbau und Feinstaub-Belastung.

Das allein freilich hätte den Grünen noch lange nicht über 50 Pro-

zent beschert. Zu einem mindestens ebenso gewichtigen Anteil liegt das Abscheiden an der Person Fritz Kuhn selbst. Er hat seine Führungsfähigkeiten mit verschiedenen Ämtern jahrzehntlang unter Beweis gestellt und sich dabei sogar unter Konservativen einen Namen gemacht.

Denn das Ergebnis ist vor allem auf den Sympathie-Zuwachs im bürgerlichen Lager zurückzuführen. Ohne die Stimmen aus der Mitte wäre das Prestige-Projekt – nämlich den ersten grünen Rathauschef einer Landeshauptstadt zu stellen – sicher nie geglückt. Damit knüpft Kuhn an seinen Landsmann, Ministerpräsident Winfried Kretschmann, an. Der führt seit einneinhalb Jahren vor, wie man alternative Überzeugungen und eine konservative Grundhaltung unter einen Hut bringen kann.

# Im Lebeben, im Lebeben ...

Felix Baumgartners Rekordsprung lockt Nachahmer

Man hätte es wieder mal wissen können: Wenn einer, begleitet von großem medialen Tamtam, 39 Kilometer mit einem Ballon in den Himmel entschwebt, um sich anschließend in Überschallgeschwindigkeit zurück zur Erde zu stürzen, wird – noch bevor die Frage geklärt ist, was der Schmarren soll – der Nächste ankündigen, noch höher aufzusteigen und noch tiefer zu fallen.

Nach eigenem vollmundigen Bekunden wollen mit dem französischen Fallschirmspringer Michel Fournier (68) und dem englischen Multi-Milliardär Richard Branson (62) ausgerechnet zwei Herren im Rentenalter den frischgebackenen österreichischen Rekordhopper Felix Baumgartner übertrumpfen. Das schmeckt, ehrlich gesagt, auch etwas nach Österreich-Bashing.

Irgendwie scheint dem kleinen, charmanten Alpenstaat keiner mehr auch nur den nächsten Weltrekord zu gönnen. Einem nach dem anderen enttreibt man dem Land Selbst jene, die quasi identitätsstiftend wirkten. Den Skiflug-Welt-

rekord hält ein Norweger, den im Walzer-Daueranten ein Baden-Württemberger Tanzlehrerpaar.

Die letzten Rekordmarken, die man den Österreichern ließ, sind welche, bei denen die Höchstleistung stark ins Alberne abzugleiten droht. Beispielsweise den im „Massen-Sonnencreme-Schmierer“. 270 Liter Sonnenschutzpampe rieben sich 900 Ösis einst gegenseitig auf die Leiber. Der österreichische Musikverein Stiefenhofen hielt längere Zeit den Rekord im Aneinanderreihen von Oldtimer-Traktoren. Bis die Kollegen aus dem deutschen Molpertshausen kamen und die alte Bestmarke von 944 auf 1345 Traktoren steigerten. Eine Demütigung für Stiefenhofen.

Und jetzt also der Sturz aus der Höhe. Aus 40, aus 45, aus 50 Kilometern? Mit der Höhe nimmt übrigens die Erdanziehung ab. Das, liebe Österreicher, könnte die Sache zu eurer Zufriedenheit lösen. „Im Lebeben, im Lebeben“ geht mancher Sprung daneben. HANS-PETER KÄSTENHUBER

DIE GLOSSE

Ganz nebenbei ...